

Initiativantrag

der unterzeichneten Abgeordneten betreffend die personelle Aufstockung des Bundesamts für Fremdenwesen und Asyl

Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der oberösterreichische Landtag möge beschließen:

Resolution

Die oberösterreichische Landesregierung wird ersucht, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass der Personalstand des Bundesamts für Fremdenwesen und Asyl, entsprechend dem Bedarf, erneut vorübergehend aufgestockt wird.

Begründung

Die hohe Anzahl an Asylanträgen stellt für die Bediensteten des Bundesamts für Fremdenwesen und Asyl eine große Arbeitsbelastung dar. Dies führt verständlicherweise dazu, dass die Behörde aufgrund der immensen Anzahl an Anträgen überlastet ist, ein Rückstau besteht und Verfahren entsprechend lange dauern.

2015 wurden 88.340 Asylanträge gestellt. Die vergleichsweise niedrige Zahl von 42.073 Anträgen im Jahr 2016 soll jedoch nicht den Eindruck erwecken, dass das Arbeitspensum nun wieder auf ein übliches Maß reduziert wäre. Immerhin liegt diese immer noch deutlich über den Werten von 2014 (28.064) und den Jahren davor (2013: 17.503; 2012: 17.413; 2006-2011: jeweils deutlich darunter).

Dabei ist es im Interesse aller Beteiligten dringend geboten, dass bereits gestellte Asylanträge rasch abgearbeitet und neu einlangende Anträge ebenso schnell erledigt werden. Im Sinne der Rechtssicherheit für die Betroffenen, aber auch für wirksame Integrationsbemühungen ist es unbedingt notwendig, dass die Verfahren ehestmöglich abgeschlossen werden und Klarheit über das Ergebnis entsteht. Zudem sind mit jeder Verzögerung auch Folgekosten für den Staat verbunden.

Die bereits erfolgte Aufstockung hat leider noch nicht die gewünschte Wirkung erzielt. Eine neuerliche vorübergehende personelle Aufstockung, sei es durch befristete Neueinstellungen, Dienstzuteilungen oder Aufschiebung von geplanten Pensionierungen, schafft Rechtssicherheit für Asylwerber, erleichtert Integrationsbemühungen und entlastet den Staat, der in der Zeit der Antragsbearbeitung im Rahmen der Grundversorgung für die Asylwerber zu sorgen hat.

Linz, am 24.Jänner 2017

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

**Hattmannsdorfer, Hingsamer, Weinberger, Ecker, Aichinger, Rathgeb, Aspalter, Lackner-
Strauss**

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Mahr